



# BUNDESGERICHTSHOF

## BESCHLUSS

3 StR 42/18

vom  
22. März 2018  
in der Strafsache  
gegen

wegen gewerbsmäßigen Bandenbetruges

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat auf Antrag des Generalbundesanwalts und nach Anhörung des Beschwerdeführers am 22. März 2018 beschlossen:

Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Oldenburg vom 28. September 2017 wird als unbegründet verworfen, da die Nachprüfung des Urteils auf Grund der Revisionsrechtfertigung keinen Rechtsfehler zum Nachteil des Angeklagten ergeben hat (§ 349 Abs. 2 StPO).

Der Beschwerdeführer hat die Kosten des Rechtsmittels zu tragen.

Ergänzend zur Antragsschrift des Generalbundesanwalts bemerkt der Senat:

Die Strafkammer hat rechtsfehlerfrei die Einziehung des Werts der Taterträge von 208.118 € angeordnet. Die Strafkammer hat nach Art. 306h EGStGB zutreffend die Vorschriften der § 73 Abs. 1, § 73c Satz 1, § 73d Abs. 1 StGB in der Fassung des Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) angewendet, weil sie erst nach dessen Inkrafttreten am 1. Juli 2017 über die Abschöpfung der Tatgewinne befunden hat und in dem Verfahren zuvor keine andere Entscheidung zum früheren Verfall oder Wertersatzverfall ergangen war.

Entgegen der Auffassung des Beschwerdeführers steht Art. 7 Abs. 1 Satz 2 MRK der Anwendung der - § 2 Abs. 5 StGB abbedingenden - Übergangsregelung nicht entgegen, auch wenn nach altem Recht eine Anordnung

des Wertersatzverfalls wegen § 73 Abs. 1 Satz 2 StGB aF ausgeschlossen, vielmehr nur eine Feststellung nach § 111i Abs. 2 Satz 1, 3 StPO aF möglich gewesen wäre; denn die von der Strafkammer getroffene Einziehungsentscheidung hat keinen Strafcharakter.

Dies ergibt sich hier bereits daraus, dass die Anordnung der Wertersatz-  
einziehung der Befriedigung von Ersatzansprüchen der Tatopfer dient. Nach  
den rechtsfehlerfrei getroffenen Feststellungen wurden in den sieben Fällen  
des vollendeten gewerbsmäßigen Bandenbetruges die Verletzten um insge-  
samt mindestens 208.118 € geschädigt. Jedenfalls in dieser Höhe ist der An-  
geklagte ihnen gegenüber zivilrechtlich zum Schadensersatz verpflichtet. Erfüllt  
er (teilweise) seine Verbindlichkeiten oder kommt es - etwa im Vergleichswe-  
ge - zu einem (Teil-)Erlass, so ordnet im Vollstreckungsverfahren das Gericht  
nach § 459g Abs. 4 StPO nF im jeweiligen Umfang den Ausschluss der Voll-  
streckung der Einziehung an. Zahlt hingegen der Angeklagte auf die Werter-  
satzeinziehung oder führt die hieraus gegen ihn betriebene Vollstreckung zu für  
die Opferentschädigung ausreichenden Erlösen, werden sie gemäß § 459h  
Abs. 2, § 459n StPO nF bzw. § 459h Abs. 2 StPO nF an die Verletzten ausge-  
kehrt.

In der bloßen Wiedergutmachung der Betrugsschäden, zu der der Ange-  
klagte ohnehin zivilrechtlich verpflichtet ist, vermag der Senat kein Strafübel zu  
erkennen. Zwar kann nach dem neuen Vermögensabschöpfungsrecht die  
Opferentschädigung auch eine Insolvenzantragstellung erforderlich machen  
(näher hierzu Köhler/Burkhard, NStZ 2017, 665, 680 f.; Korte, wistra 2018, 1,

2). Dies berührt jedoch nicht den Zweck der von der Strafkammer angeordneten Wertersatzentziehung und verleiht ihr (entgegen LG Kaiserslautern, Urteil vom 20. September 2017 - 7 KLS 6052 Js 8343/16 (3), wistra 2018, 94 f.) keinen Strafcharakter.

Becker

Spaniol

Tiemann

Berg

Lepow